



UNGLEICHHEIT

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Während das reichste Prozent der Weltbevölkerung nahezu die Hälfte des weltweiten Vermögens besitzt, bleiben Milliarden Menschen am unteren Rand zurück. Ökonomische Aspekte wirken dabei unmittelbar zusammen mit sozialen, ethnischen, politischen und institutionellen Dimensionen von Ungleichheit – im Globalen Süden genauso wie im Globalen Norden.

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,

die globalen Zukunftsziele für eine nachhaltige Entwicklung, die vor zwei Jahren in New York von den Vereinten Nationen, also von allen Staaten der Welt, verabschiedet wurden, haben es in sich. In diesem weitblick widmen wir uns insbesondere dem Ziel Nr. 10: „Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern“. Allein die Aufnahme als eigenständiges Ziel in die Agenda ist bemerkenswert. Die Regierungen räumen damit ein, dass sie die wachsende Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern als gravierendes Problem ansehen.

Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen haben bereits in den Verhandlungen darauf hingewiesen, dass sich mittlerweile rund die Hälfte des weltweiten Vermögens in den Händen des reichsten 1 Prozent der Bevölkerung befindet, während sich die restlichen 99 Prozent die andere Hälfte teilen müssen. Auch in Deutschland nimmt die Vermögensungleichheit kontinuierlich zu.

Die neuesten Enthüllungen der „Paradise Papers“ zeigen eindrücklich, dass renommierte Firmen, Politiker*innen und Prominente auf skandalöse Weise Steuern vermeiden und damit ihren Beitrag für das Gemeinwohl umgehen. Den Ländern im Norden und im Süden entgehen damit Milliarden an Steuereinnahmen. Geld, das fehlt, um in Sozial- und Gesundheitssysteme, Infrastruktur und in Bildung zu investieren oder die Ärmsten zu unterstützen. Die Zivilgesellschaft sollte diese Firmen mit aller Deutlichkeit boykottieren. Die neue Bundesregierung und die Regierungen der EU-Staaten müssen dieser systematischen Steuervermeidungspraxis endlich ein Ende bereiten. Umfassende schwarze Listen von Steueroasen und verbesserte Transparenzverpflichtungen für Konzerne wären wichtige Schritte in die richtige Richtung.



Herzlichst,
Ihre

Ingrid Leberherz

Ingrid Leberherz
Geschäftsführerin

TITELBILD

Eine Frau mit Kind in einem Flüchtlingscamp in Bangladesch. Wie Hunderttausende Rohingya musste sie fliehen. Die Rohingya leben zwar seit Generationen in Myanmar, werden aber massiv diskriminiert.



3 SCHWERPUNKT

Ungleichheit

4 SÜDASIEN • INDIEN

Armut, Ausgrenzung und Benachteiligung

6 MITTELAMERIKA • NICARAGUA

„Später möchte ich mal Anwältin werden“

8 SÜDOSTASIEN • PHILIPPINEN

Ausbeutung und Zwangsarbeit in der Fischereiwirtschaft

9 HUMANITÄRE HILFE • BANGLADESCH

Nothilfe für geflüchtete Rohingya in Bangladesch

10 HUMANITÄRE HILFE • UGANDA

Hilfe für Geflüchtete in Uganda

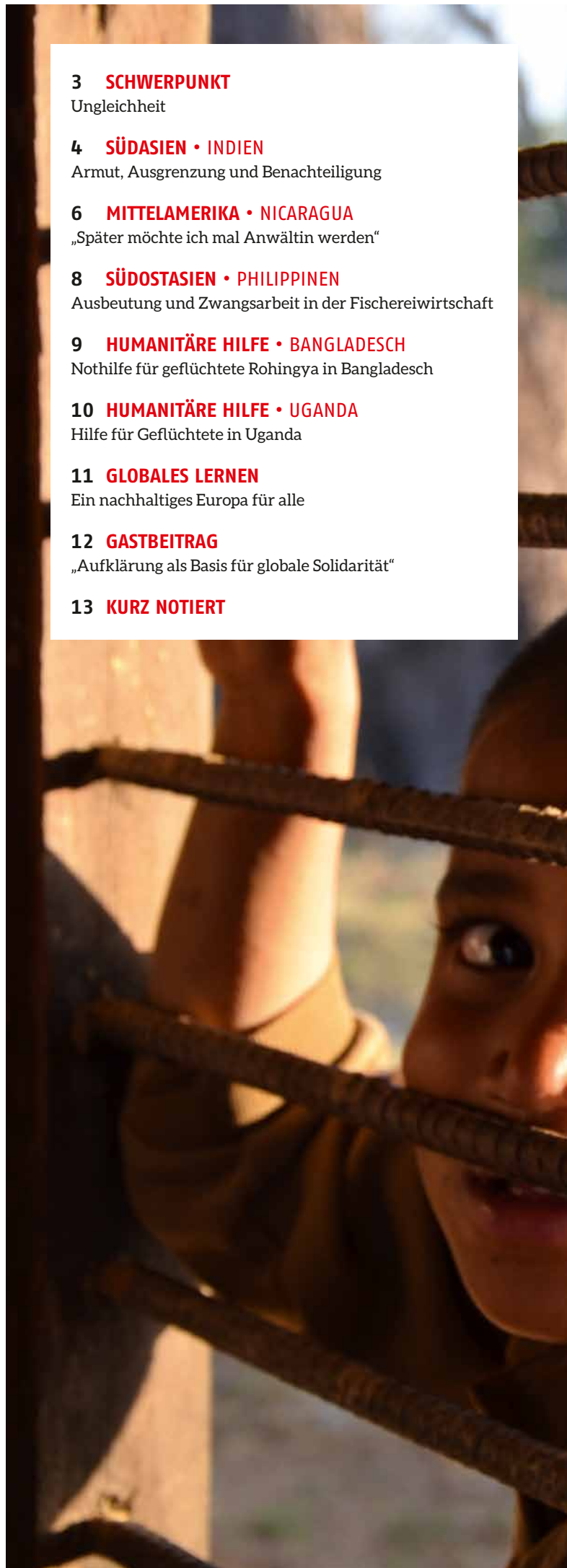
11 GLOBALES LERNEN

Ein nachhaltiges Europa für alle

12 GASTBEITRAG

„Aufklärung als Basis für globale Solidarität“

13 KURZ NOTIERT





UNGLEICHHEIT

Ungleichheit ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Ordnungssystems, dem eine wertende Vorstellung von Geschlecht, Bildung, Status, Ethnie, Weltanschauung und Tradition, Glaube, Gesundheit und sexueller Orientierung zugrunde liegt. Betroffene, die von diesen Vorstellungen abweichen, werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt, diskriminiert, unterdrückt oder sogar vertrieben und verfolgt – wie im aktuellen Fall der muslimischen Rohingya in Myanmar. Viele Menschen erleben bereits von Geburt an weniger Anerkennung, haben geringere Bildungschancen und Entwicklungsperspektiven und bleiben in Armut gefangen. Dies hat negative Auswirkungen auf Gesundheit, Lebenserwartung und ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Mitbestimmung im öffentlichen und privaten Raum bleibt häufig verwehrt. Beispiele von so benachteiligten Gruppen finden sich weltweit.

Menschen, die gesellschaftlichen Vorstellungen eher entsprechen, nehmen häufig gesellschaftliche Machtpositionen ein, sind respektiert und ökonomisch abgesichert und können ihren Kindern und Enkeln bessere Entwicklungsperspektiven bieten. Einfach- oder Mehrfachdiskriminierungen (bspw. Menschen mit Behinderung aus ethnischen Minderheiten) entstehen auch dadurch, dass normative Vorstellungen in der Regel sozial und gesellschaftlich institutionalisiert sind: So ist der Zugang zu Recht, Leistungen und Mitsprache vielerorts nicht gesichert. „Sozialer Friede“ herrscht oftmals nur so lange, wie Unterdrückte ihre Unterdrückung akzeptieren.

Zudem fördern Armut und Diskriminierung Migration. Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant*innen können die soziale Situation ihrer Familien in den Herkunftsländern verbessern, aber auch zu neuen Konflikten führen. Wie Beispiele aus Asien oder aus Mittelamerika zeigen, kann sich die Lebenssituation von Migrierenden in den Zielländern auch weiter verschlechtern. In unseren Projekten setzen wir uns gemeinsam mit Partnerorganisationen dafür ein, dass die Lebensbedingungen und Perspektiven für benachteiligte und unterdrückte Bevölkerungsgruppen verbessert werden, zum Beispiel durch:

- Förderung sozialer Harmonie und Abbau diskriminierender Praktiken und Traditionen durch Aufklärung und Dialog,
- Stärkung von benachteiligten Gruppen, um ihre soziale, ökonomische und politische Teilhabe zu verbessern,
- verbesserten Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Bildung, Gesundheit und Arbeit,
- Förderung von Geschlechtergerechtigkeit,
- Förderung selbstbestimmter Migrationsentscheidungen und Hilfe bei der Reintegration und
- Advocacy-Arbeit, Rechtsberatung und Förderung des Zugangs zu (staatlicher) Unterstützung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie Opfer von unsicherer Migration und Menschenhandel.

Doch wir sollten den Blick nicht nur auf das Ausland richten. Auch in Deutschland gibt es Ungleichheit, die wir thematisieren müssen: Noch heute sind 15,7 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet, und das wohlhabendste 1 Prozent verfügt über 24 Prozent der Vermögen. Berufe mit einem hohen Frauenanteil unter den Beschäftigten werden schlechter bezahlt, Männer mit durchschnittlich 6 Prozent höher entlohnt. Kinderbedingte Pausen im Berufsleben werden bei den Rentenansprüchen von Müttern nicht berücksichtigt. Chronisch erkrankte Menschen, alleinerziehende Frauen oder Menschen mit Behinderungen sind häufiger arm und von Erwerbslosigkeit betroffen, da die Arbeitswelt den Bedürfnissen dieser Gruppen nicht entgegenkommt. Migrant*innen erfahren auch in Deutschland Diskriminierung und sind oft nicht in der Lage, ihr Potenzial und ihre Qualifizierung im Berufsleben umzusetzen.

Um im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsagenda bis zum Jahr 2030 allen ein gutes Leben in einer nachhaltig handelnden, inklusiven Gesellschaft zu ermöglichen, sind also noch viele gemeinsame Anstrengungen nötig.

Roman Fleißner, Felix Neuhaus



Die Lebensbedingungen der Musahar nachhaltig verbessern: Wir setzen uns zum Beispiel dafür ein, dass die Musahar die ihnen zustehenden Landtitel erhalten.



SÜDASIEN • INDIEN

ARMUT, AUSGRENZUNG UND BENACHTEILIGUNG

Die Musahar gehören zu den am meisten benachteiligten und diskriminierten Bevölkerungsgruppen auf dem indischen Subkontinent. Mit dem Aufbau von Basisorganisationen und durch Lobby-Arbeit unterstützen wir sie dabei, sich zu organisieren und ihre Rechte einzufordern. Mit Einkommen schaffenden Maßnahmen werden ihre Existenzgrundlagen verbessert.

Das Leben von Ramchandrar und seiner achtköpfigen Familie war von Armut geprägt. Ohne eigenes Land musste er den Lebensunterhalt für die Familie als Saisonarbeiter verdienen. „Nach einem langen Kampf habe ich mein Land bekommen“, erzählt Ramchandrar, „aber dann wurde es gewaltsam von der dominierenden Gruppe im Dorf besetzt. Erst mit der Unterstützung unserer Basisorganisation, die sich für die Rechte der Musahar einsetzt, habe ich das Land zurückbekommen und kann meine Familie ernähren.“

So wie Ramchandrar geht es vielen der etwa 257 000 Musahar in unserem Projektgebiet im indischen Bundesstaat Uttar Pradesh.

Weitere Musahar-Gemeinschaften leben in Bihar und in Nepal. Sie zählen zu den sogenannten „Unberührbaren“, und auch wenn das Kastensystem offiziell schon lange abgeschafft wurde, die soziale und wirtschaftliche Diskriminierung ist geblieben. Schon die Bezeichnung „Musahar“ impliziert Diskriminierung und bedeutet wörtlich „Rattenesser“ oder „Rattenfänger“.

Ein Blick in die Statistiken belegt die multidimensionale Armut und Ungleichheit der Musahar: In unserer Projektregion Kushinagar sind bis zu 80 Prozent der Kinder unterernährt, nur 15 Prozent der Geburten erfolgen mit medizinischer Begleitung, und 83 von 1000 Geburten enden tödlich. Die Kinder-



und Müttersterblichkeit liegt weit über dem Durchschnitt. 50 Prozent der Musahar-Kinder waren niemals in einer Schule, die Abbruchrate ist extrem hoch. Die Alphabetisierungsrate liegt bei etwa 3 bis 6 Prozent. 70 Prozent der Musahar-Gemeinschaften haben keinen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen.

Die Musahar leben in kleinen Gemeinschaften ausgestoßen und außerhalb der Dorfstrukturen, müssen als landlose Feld- oder Gelegenheitsarbeiter*innen tagtäglich um ihre Existenz bangen. Selbst das Land, auf dem ihre Strohütten stehen, gehört formell nicht ihnen, es wird ihnen von der Gemeindeverwaltung zugewiesen. Meist ohne Trinkwasseranschluss, Elektrizität, Sanitäranlagen oder gar Straßenanschluss führen sie ein Leben am Rande der Gesellschaft. Und obwohl es in Indien diverse Sozialprogramme und staatliche Sicherungssysteme gibt, werden auch hier viele Musahar ausgegrenzt und können selten auf Unterstützung zählen.

Rechte stärken durch Selbstorganisation

Gemeinsam mit der indischen Partnerorganisation MSS arbeiten wir daran, die Situation für die Musahar-Gemeinschaften zu verbessern. Dazu gehören Maßnahmen, um die Einkommens- und Ernährungssituation sowie den Zugang zu Bildung und Gesundheit zu verbessern. Besonders wichtig dabei ist die Selbstorganisation der Musahar: Durch die Gründung von Gemeindeorganisationen und die Vernetzung mit anderen Gemeinden sowie staatlichen Akteuren haben sie eine Stimme und können ihre Rechte einfordern.

Hilfe, die wirkt – Ein Überblick der Maßnahmen zur Unterstützung der Musahar-Gemeinschaften in Indien:

- Unterrichtsbegleitung für Kinder, die nicht in die Schule gehen
- Gesundheitscamps
- Aufklärungskampagnen auf Gemeindeebene
- Trainings und Inputs zu nachhaltiger Landwirtschaft
- Kompetenzaufbau zu Themen wie Sicherung des Lebensunterhaltes, Gesundheit, Wasser und Sanitäranlagen, Anspruchsberechtigung, Rechte von Frauen und Kindern, häusliche Gewalt
- Advocacy-Workshops und öffentliche Anhörungen zu den Rechten und Ansprüchen der Musahar-Gemeinschaft
- Aufbau und Stärkung von Basisorganisationen auf Gemeindeebene und Selbsthilfegruppen
- Mobilisierung von Ressourcen aus relevanten Regierungsprogrammen

Dank der erfolgreichen Lobby- und Advocacy-Arbeit haben viele Musahar in unseren Projektregionen inzwischen verbesserten Zugang zu sozialen Sicherungssystemen. Zudem wurden 118 Landtitel an Musahar vergeben: Land, auf dem sie selbstbestimmt anbauen und sich versorgen können. Die Einkommen schaffenden Maßnahmen und Trainings haben zudem dafür gesorgt, dass sie zusätzliche Einnahmequellen haben.

Manuel Palz

Unsere Projekte in Südasien leisten einen Beitrag, um zum Beispiel diese nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen:



Weitere Informationen zur globalen Nachhaltigkeitsagenda finden Sie unter www.awointernational.de



Die Jugendlichen erzählen von ihrer Lebensrealität: Neben der Armut ist es die Gewalt, die ihren Alltag auszeichnet.



„SPÄTER MÖCHTE ICH MAL ANWÄLTIN WERDEN“

Etwa 40 Prozent der Bevölkerung von Nicaragua leben in Armut. Vor allem Jugendliche und insbesondere junge Frauen bekommen die Folgen von struktureller Armut und Ungleichheit zu spüren. Unsere Kollegin Victoria Baumann hat das Jugendzentrum unserer Partnerorganisation CANTERA besucht und mit den Jugendlichen über ihre Perspektiven für die Zukunft gesprochen.

Als ich das Jugendzentrum von CANTERA in der Armensiedlung Ciudad Sandino betrete, springt mir sofort ein großes Wandbild ins Auge. Zu sehen ist eine kurvige Straße, welche zu einem Berg führt. Auf der Straße befindet sich nur eine Person, bepackt mit einem großen Rucksack. Zunächst erkenne ich keinen tieferen Sinn in dem Bild, jedoch soll sich das in einem Gespräch mit den Jugendlichen schnell ändern.

Ciudad Sandino liegt im Westen von Managua, der Hauptstadt Nicaraguas. Etwa die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 22 Jahre. Der Anteil der Jugendlichen, die weder studieren noch arbeiten, liegt bei knapp 25 Prozent. Jede vierte Schwangere in Nicaragua ist eine Jugendliche, in ländlichen Regionen liegt der Anteil sogar bei 30 Prozent. Armut, mangelnde Bildung und ein fehlender Zugang zu Verhütungsmitteln werden als Hauptursachen hierfür genannt. Besorgniserregend ist jedoch die hohe Anzahl an Mädchen, die durch Vergewaltigungen schwanger werden. In den meisten Fällen stammen die Täter aus dem Familienkreis.

Gewalt definiert den Alltag der Jugendlichen

„Unsere Gesellschaft ist vom machismo geprägt. Die Gewalt ist alltäglich geworden. Und wir haben gelernt wegzuschauen“, erzählt Maria*. Sie bezieht sich dabei auf die Gewalt, die sich in der Gemeinde, in der Schule und selbst in der eigenen Familie beobachten lässt. Wer in Nicaragua groß wird, lernt die Gewalt ab Kindesalter kennen und akzeptieren. Die 22-Jährige nimmt am Jugendgewaltpräventionsprogramm teil, das wir seit 2013 unterstützen.



Um die Jugendlichen auf ihrem Lebensweg begleiten zu können, hat CANTERA gemeinsam mit ihnen individuelle Lebenspläne erarbeitet. In diesem Prozess kam die tägliche Realität der Jugendlichen ans Licht. So berichtet Andrea: „Ich habe oftmals Angst, nach Hause zu gehen. Andauernd beobachtet mich mein Onkel und macht sexuelle Anspielungen. Ich habe Angst, dass er mir eines Tages etwas antun wird.“ Das Schicksal von Andrea ist kein Einzelfall. Die Mehrheit der Jugendlichen hat bereits sexuellen Missbrauch in der Kindheit oder Jugend erleiden müssen. „Wir tragen alle bereits eine schwere Last in unserem Rucksack, die uns daran hindert, von einer Zukunft zu träumen“, fasst die 16-jährige Ana den Reflektionsprozess zusammen, den die Jugendlichen in den letzten Monaten durchlaufen haben.

Ein Rucksack gefüllt mit traumatischen Erfahrungen der Vergangenheit

Jetzt wird mir klar, was das Wandbild zu bedeuten hat: Die Person mit dem großen Rucksack steht stellvertretend für jede und jeden einzelnen der Jugendlichen. Sie alle haben ein individuelles Ziel vor Augen – eine möchte Journalistin werden, um über die Missstände in Nicaragua zu berichten, ein anderer träumt davon, seine eigene Firma zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen –, aber auf dem Weg dahin gibt es viele Hürden zu überwinden. Und die größte Hürde ist für die meisten die Aus-

einandersetzung mit der eigenen Familie und den traumatischen Erfahrungen. So ist Teil des Projektes nicht nur die eigene Zukunftsplanung, sondern auch die Vergangenheitsbewältigung. In Begleitung eines Psychologen haben die Jugendlichen in Grup-

pen- und Einzelsitzungen gelernt, über ihre Traumata zu sprechen. So konnten nach und nach die Wunden der Vergangenheit heilen.

In diesem Zusammenhang hat CANTERA auch die Familien in den Prozess miteinbezogen und versucht, eine Annäherung zwischen den Eltern und ihren Kindern zu erreichen. „Ich habe gelernt, dass meine Eltern selbst eine schreckliche Kindheit erlebt haben, geprägt vom gewaltvollen Bürgerkrieg in Nicaragua. Sie haben sich mir gegenüber geöffnet, was eine Annäherung zwischen uns ermöglicht hat und mir dabei hilft, nach vorne zu blicken“, erzählt Carola.

Der Mut der Jugendlichen beeindruckt mich sehr, sie haben begriffen, dass sie das Steuer der Zukunft selbst in der Hand haben. „Später möchte ich mal Anwältin werden und die Sexualtäter vor Gericht bringen!“, sagt Andrea, und die Überzeugung in ihrer Stimme lässt mich keinen Moment daran zweifeln, dass sie ihren Lebenstraum auch eines Tages erfüllen wird.

Victoria Baumann

*Zum Schutz der Jugendlichen wurden alle Namen geändert

So ist Teil des Projektes nicht nur die eigene Zukunftsplanung, sondern auch die Vergangenheitsbewältigung.

Unsere Projekte in Mittelamerika leisten einen Beitrag, um zum Beispiel diese nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen:



Weitere Informationen zur globalen Nachhaltigkeitsagenda finden Sie unter www.awointernational.de



40 Prozent der Fischer*innen auf den Philippinen gelten als arm.



AUSBEUTUNG UND ZWANGSARBEIT IN DER FISCHEREIWIRTSCHAFT

150 Milliarden US-Dollar werden jedes Jahr durch Zwangsarbeit und verschiedene Formen moderner Sklaverei erwirtschaftet – oft im Kontext von Migration. Die Philippinen sind dabei eines der Hauptursprungsländer für die „Ware Mensch“. Der Global Slavery Index schätzt die Zahl der Betroffenen auf mehr als 400 000, viele von ihnen in der Landwirtschaft und der Fischerei. Unser neues Projekt in Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation OND Hesed Foundation nimmt sich des Themas „Menschenhandel und Zwangsarbeit in der Fischerei“ an.

Nahezu alle Fischer*innen in den Kommunen arbeiten selbstständig. Nach Angaben der philippinischen Behörden gelten etwa 40 Prozent von ihnen als arm, weit mehr als in anderen Berufsgruppen. Viele sind darauf angewiesen, auf kommerziellen Fischereischiffen ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dort sind sie überwiegend als Einzelunternehmer*innen und häufig ohne schriftlichen Arbeitsvertrag angestellt. Trotz gesetzlicher Bestimmungen zum Schutz der Rechte von Fischer*innen werden ihnen Arbeitnehmerrechte und Sozialversicherung von den Betreiber*innen häufig verwehrt. Oft werden sie von international operierenden Unternehmen

rekrutiert. Über das Ziel der Fahrt werden sie im Unklaren gelassen, sie verfügen meist weder über gültige Ausweispapiere noch über notwendige Dokumente zur Einreise in das Zielland.

2016 assistierte unsere neue Partnerorganisation OND Hesed Foundation aus Mindanao bei der Rückführung von 600 in Indonesien inhaftierten Fischer*innen. Sie wurden von kommerziellen Betreiber*innen ohne gültige Papiere zum Fischfang in indonesisches Seegebiet gebracht. Nachdem sie von der indonesischen Küstenwache aufgegriffen worden waren, ließen die Betreiber*innen die Crew ohne rechtliche Unterstützung in indonesischen Gefangenenlagern zurück. Die auf den Philippinen zurückgebliebenen Familien blieben ohne finanzielle Unterstützung und damit ohne Einkommen.

Besorgniserregend ist die auf den Philippinen weitverbreitete Pa-aling-Fischerei, die zu den gefährlichsten Formen des Fischfangs gehört. Die Fischer*innen tauchen bis zu 30 Metern tief in den Riften und atmen dabei lediglich durch einfache Schläuche, die durch einen Kompressor mit Sauerstoff versorgt werden. Häufig werden sie dazu gezwungen, kaum jemand verfügt über die notwen-

dige Tauchausbildung oder ausreichende Ausrüstung. Entsprechend hoch ist die Mortalitätsrate. Nach Unfällen bleiben die Betroffenen ohne medizinische Versorgung und Entschädigung.

Um dieser Problematik zu begegnen, werden wir in den nächsten drei Jahren den Themenkomplex Menschenhandel, Zwangsarbeit und Arbeitsmigration auch in Südostasien mit fünf neuen Projekten in den Fokus stellen. Unser integrierter Projektansatz umfasst dabei verschiedene Komponenten: Bewusstsein für diese Problematik schaffen, Advocacy-Arbeit und Organisations- und Kapazitätsentwicklung. Die Fischer*innen müssen über ihre Rechte aufgeklärt werden, benachteiligte Fischergemeinden Zugang zu staatlicher Förderung und sozialen Dienstleistungen erhalten. Ihre Situation muss öffentlich wahrgenommen und diskutiert werden, um politische Entscheidungsträger*innen für die Umsetzung arbeitsrechtlicher Bestimmungen zu gewinnen und staatliche Dienste für die Bereitstellung sozialer Leistungen zu mobilisieren. Dazu bedarf es einer starken Zivilgesellschaft, in der lokale Interessengruppen und regionale Verbände von Fischer*innen zusammen mit Arbeiterverbänden und Medien ihre Rechte von Politik und Wirtschaft einfordern.

Vassilios Saroglou

Unsere Projekte in Südostasien leisten einen Beitrag, um zum Beispiel diese nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen:



Weitere Informationen zur globalen Nachhaltigkeitsagenda finden Sie unter www.awointernational.de

NOTHILFE FÜR GEFLÜCHTETE ROHINGYA IN BANGLADESCH

700000 Rohingya sind vor Gewalt und Verfolgung aus ihrer Heimat Myanmar in das benachbarte Bangladesch geflohen. Es sind vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen, die Schutz suchen. In einem ersten Nothilfeprojekt unterstützt AWO International 2400 Menschen mit dem Nötigsten.

Als die 13-jährige Dilwara nach Hause kam, erfuhr sie, dass ihr Bruder erschlagen worden war und ihre Familie bedroht wurde. Es blieb keine Zeit zum Packen. Gemeinsam mit sieben Familienmitgliedern flüchtete sie ohne Nahrung vier Tage lang durch Wälder und Sümpfe, bis sie Bangladesch erreichte. Auch die 22-jährige Yasmin verlor Angehörige und berichtete über grausame Vergewaltigungen und niedergebrannte Dörfer in ihrer Heimat. Nach ihrer Ankunft in Bangladesch brachte sie ihr Kind auf die Welt; ohne Vater, traumatisiert und ohne Zuhause.

Seit Generationen leben die muslimischen Rohingya in Myanmar (Burma). Ihre Zahl wird auf eine Million geschätzt. Dennoch werden sie seit Jahrzehnten diskriminiert und haben kein Recht auf eine Staatsbürgerschaft. Im Juli eskalierte die Situation. Über 700000 Rohingya flohen nach Bangladesch – vorwiegend Frauen, Kinder

und alte Menschen. UN-Generalsekretär António Guterres sprach in diesem Zusammenhang von der „sich weltweit am schnellsten entwickelnden Flüchtlingskrise und einem humanitären Albtraum“.

Die Geflüchteten werden in Bangladesch aufgenommen, doch der Grenzdistrikt Cox's Bazar war bereits zuvor von extremer Armut und Naturkatastrophen gezeichnet. Ganze Landstriche sind nach dem Monsun überschwemmt. „Wir haben kaum Kleidung, kein sauberes Wasser, und ich weiß nicht, wie ich meine Kinder in der Nacht warm halten kann“, schildert Fatima die Situation im Auffanglager Balikali, in dem sie seit zwei Wochen lebt. Grundnahrungsmittel werden vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen verteilt. Doch die sanitären Verhältnisse sind katastrophal, Durchfallerkrankungen weitverbreitet, und der Ausbruch von Epidemien steht im Raum.

AWO International ist mit einem Team vor Ort, um sich mit anderen Akteuren zu koordinieren und Hilfsmaßnahmen vorzubereiten. Mit Unterstützung der Spender*innen von AWO International, Aktion

Deutschland Hilft und Solidar Suisse werden ab November 400 Familien (gut 2400 Personen) in einem ersten Hilfsprojekt unterstützt.

Alle Familien erhalten Bambuspfähle, Zeltplanen, Seile und Bambusmatten, um stabile Notquartiere zu errichten. Neuankommlinge wie Yasmin und Dilwara erhalten Matratzen, Decken, Moskitonetze, Sandalen, Kleidung, wiederverwendbare Damenbinden, Seifen, Waschmittel, Zahnhygiene und Abfalleimer. Darüber hinaus werden Toiletten und Ziehbrunnen gebaut,

um die sanitäre Situation zu verbessern. Frauen profitieren von eigenen Waschbereichen. Unsere Mitarbeiter*innen und das Team der Partnerorganisation Agrajatra sorgen dafür, dass die Bedürftigsten versorgt werden, leisten Unterstützung beim Aufbau der Notunterkünfte und beraten die Geflüchteten im Kontext von Basishygiene. Yasmin, Dilwara und Fatima blicken in eine ungewisse Zukunft. Mit unserer Nothilfe erhalten Menschen wie sie das Nötigste und zumindest Übergangsweise etwas Sicherheit. Eine Ausweitung der Hilfsmaßnahmen ist geplant.

Felix Neuhaus

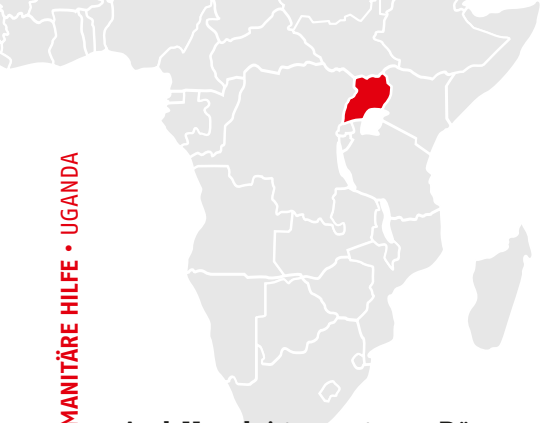
Mit unserer Nothilfe erhalten sie das Nötigste und zumindest Übergangsweise etwas Sicherheit.

Unsere Projekte in der humanitären Hilfe leisten einen Beitrag, um zum Beispiel diese nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen:



Weitere Informationen zur globalen Nachhaltigkeitsagenda finden Sie unter www.awointernational.de





HILFE FÜR GEFLÜCHTETE IN UGANDA

Auch Uganda ist von extremer Dürre und Ernteausfällen betroffen, die in vielen Ländern Afrikas zu einer Hungerkrise geführt haben. Dennoch hat das Land mehr als eine Million geflüchtete Menschen aufgenommen, insbesondere aus dem Südsudan, wo nicht nur Hunger, sondern auch ein grausamer Bürgerkrieg die Menschen in die Flucht treibt. Mit unserem Hilfsprojekt unterstützen wir mehr als 25 000 Kinder und Jugendliche in den Flüchtlingslagern im Adjumani-Distrikt.

„Als Peter das erste Mal zur Schule kam, war ich zunächst ein wenig verängstigt. Er war so groß und so wütend“, berichtet die Lehrerin Scovia über ihren Schüler. Peter war zwölf, als er 2014 von seiner Familie getrennt wurde. Alleine machte er sich auf den Weg, ohne zu wissen wohin. Er wollte nur dem Krieg entkommen. 2017 erreichte er eine Flüchtlingsiedlung im Adjumani-Distrikt in Uganda. Allein. Die Helfer*innen fanden heraus, dass sein Onkel und ein Cousin in der nahe gelegenen Flüchtlingsiedlung Mungula leben, und brachten die Familie zusammen. Peter und sein Cousin Mike gehen heute beide auf die Aliwara Primary School. „Am Anfang war es sehr schwer für Peter, sich zu integrieren“, erzählt Scovia, „er konnte kaum sprechen und war schwer trauma-

tisiert von Krieg, Flucht und Hunger. Er wurde in die erste Klasse eingestuft. Dort war er nicht nur der Größte, sondern auch der Älteste.“

Für viele Kinder und Jugendliche in den Flüchtlingsiedlungen ist die Schule ein Ort der Sicherheit. Hier erfahren sie Fürsorge und ein wenig Normalität. In unserem humanitären Hilfsprojekt, das wir gemeinsam mit unserer Partnerorganisation Right to Play Uganda in vier Flüchtlingsiedlungen im Adjumani-Distrikt im Norden Ugandas an der südsudanesischen Grenze durchführen, geht es genau darum: Regelmäßige Schulmahlzeiten sollen die Ernährung sichern, aber auch einen Anreiz schaffen, dass Eltern ihre Kinder zur Schule schicken. Dabei geht es nicht nur um Wissensvermittlung. Die Kinder lernen hier spielerisch, besser mit ihren traumatischen Erfahrungen umzugehen. Hier werden ihnen Werte vermittelt, ihr Selbstvertrauen wird gestärkt, und sie lernen, Respekt voreinander zu haben, um ein Leben in Zuversicht zu führen. Die Lehrer*innen – wie zum Beispiel Scovia – werden von unserer Partnerorganisation ausgebildet.

Hygiene spielt in den Flüchtlingsiedlungen eine wichtige Rolle, denn oftmals ist

die Hygienesituation vor Ort katastrophal. Um Erkrankungen vorzubeugen, führen wir deshalb angepasste Hygienetrainings für Kinder und Jugendliche durch. Ein besonderer Fokus liegt auf einem Thema, das oft ein Tabu ist: Menstruation ist zwar ein ganz normaler biologischer Prozess, aber oftmals wird darüber vor Scham nicht geredet oder sie wird sogar als etwas Negatives betrachtet. Das hat oft negative Folgen für Mädchen und junge Frauen. Deswegen werden in den Schulen „Menstrual Hygiene Management“-Trainings angeboten. Dabei geht es um Aufklärung und Information, aber auch um ganz praktische Hinweise und Tipps. Und es sind nicht nur Mädchen, die teilnehmen: Auch die Jungen sind dabei.

„Inzwischen geht es Peter viel besser. Er spielt mit den anderen Kindern, engagiert sich in der Klasse und fühlt sich frei. Er wurde sogar zum Klassensprecher gewählt! Wenn ich Unterstützung im Unterricht brauche, dann frage ich ihn“, sagt Scovia und lächelt. Mit unserem Projekt unterstützen wir mehr als 25 000 Kinder und Jugendliche, darunter ca. 18 000 südsudanesische Flüchtlinge und 7 000 Kinder und Jugendliche der aufnehmenden ugandischen Gemeinden.

Vassilios Saroglou

Unsere Projekte in der humanitären Hilfe leisten einen Beitrag, um zum Beispiel diese nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen:



Weitere Informationen zur globalen Nachhaltigkeitsagenda finden Sie unter www.awointernational.de



Links: Peter in seinem Klassenzimmer. Rechts: Hygieneausbildung in der Flüchtlingsiedlung.



EIN NACHHALTIGES EUROPA FÜR ALLE



GLOBALES LERNEN

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung stellt einen Meilenstein der internationalen Zusammenarbeit dar. 17 globale Nachhaltigkeitsziele dienen der Weltgemeinschaft als Orientierungspunkte für zukunftsfähige Politik. Welche Bedeutung haben die Ziele für Europa, Deutschland und die Arbeiterwohlwahrt?

Seit 99 Jahren wirkt die Arbeiterwohlwahrt in unserer Gesellschaft bei der Bewältigung sozialer Probleme und Aufgaben mit und verwirklicht den demokratischen, sozialen Rechtsstaat. Sie trägt zu besserer Lebensqualität Benachteiligter bei und leistet einen Beitrag zu einer faireren, gleicheren und inklusiveren Gesellschaft. Diese Ziele decken sich mit den Zielen der globalen Nachhaltigkeitsagenda, die verbesserte Lebensbedingungen auf globaler, regionaler und lokaler Ebene anstrebt. Somit kann die Agenda 2030 der freien Wohlfahrtspflege einerseits Motivation, andererseits eine zusätzliche Legitimation verleihen. Auch die Bundesregierung bezieht sich seit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie 2017 auf die globale

Agenda 2030 und sucht dabei den Kontakt mit Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Im Rahmen einer Konsultation wurde deutlich, dass die 17 Ober- und 169 Unterziele unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren Interpretations- und Handlungsspielräume verschaffen, um eigene Interessen durchzusetzen. Die Zivilgesellschaft im Allgemeinen und auch die freie Wohlfahrtspflege sind nun weiterhin gefragt, die Interessen benachteiligter und diskriminierter Bevölkerungsgruppen auf nationaler und europäischer Ebene zu vertreten, damit diese im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 nicht den Interessen stärkerer Gruppen untergeordnet werden.

Wir werden uns in den kommenden drei Jahren mit 28 Organisationen in ganz Europa vernetzen und wollen weiterhin innerhalb und außerhalb unseres Verbandes auf die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und Beteiligungsmöglichkeiten aufmerksam machen, damit diese Wirklichkeit werden. Wir tauschen uns dazu mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisa-

tionen mit ökologischem, sozialem und menschenrechtlichem Fokus im Rahmen des Projektes „Make Europe Sustainable for All!“ aus, organisieren gemeinsam mit AWO-Partnerorganisationen und unserem europäischen Dachverband Solidar Veranstaltungen und Fachtage und starten eine deutschlandweite Kampagne zu den nachhaltigen Entwicklungszielen. Wir machen unsere Mitgliedsverbände auf konkrete Handlungsmöglichkeiten im privaten und beruflichen Umfeld aufmerksam, veröffentlichen Informationen zur Agenda 2030 in AWO-Publikationen sowie sozialen Medien und ermöglichen einen Fachkräfte- und Jugendaustausch zwischen unseren mittelamerikanischen Partnern und der Arbeiterwohlwahrt. Darüber hinaus ergibt sich durch das Projekt die Möglichkeit, AWO-Expertise in politische Monitoring-Prozesse einzubringen.

Roman Fleißner

Als Auftakt laden wir Sie dazu ein, sich an unserer Postkartenaktion zu beteiligen! Weitere Informationen zur Aktion finden Sie auf Seite 14 in der Rubrik „Kurz notiert“

Unsere entwicklungspolitische Inlandsarbeit leistet einen Beitrag, um zum Beispiel diese nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen:



Weitere Informationen zur globalen Nachhaltigkeitsagenda finden Sie unter www.awointernational.de



GASTBEITRAG

„AUFKLÄRUNG ALS BASIS FÜR GLOBALE SOLIDARITÄT“

In seinem 2016 erschienenen Buch „Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis“ (Hanser Berlin) analysiert der Soziologe Stephan Lessenich die Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse der globalisierten Wirtschaft. Sein Fazit: Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, sondern über die Verhältnisse anderer. Wir lagern Armut, Ungleichheit und Ungerechtigkeit aus – und verdrängen unseren Anteil an dieser Praxis. Ein Gespräch.

Herr Lessenich, in Ihrem neuen Buch „Neben uns die Sintflut“ sprechen Sie von unserer Gesellschaft als einer „Externalisierungsgesellschaft“. Was meinen Sie damit?

Mit „Externalisierungsgesellschaft“ beschreibe ich den Umstand, dass reiche Gesellschaften wie unsere die ökonomischen, ökologischen und sozialen Kosten ihrer Produktion und ihres Konsums effektiv an andere Weltregionen auslagern. In manchen Branchen fallen große Teile der damit einhergehenden Umweltschädigungen nicht hierzulande an, sondern anderswo auf der Welt. Ebenso werden diejenigen Produktionen ausgelagert, die unter schlechtesten Arbeits- und schädlichsten ökologischen Bedingungen stattfinden.

Wir alle kennen die Kritik an den multinationalen Unternehmen. Sie richten den Blick jedoch auch auf „normale“ Bürgerinnen und Bürger. Warum?

Um die Analyse der Externalisierung vollständig zu machen, muss man auch die Alltagspraktiken von ganz „normalen“ Menschen in den reicheren Gesellschaften in den Blick nehmen. Auch sie stützen durch ihre Art und Weise zu leben dieses Arrangement. Es sind nicht nur die großen Kapitaleigner, die profitieren, sondern auf indirekte Weise und ohne in einer herrschenden Position zu sein sind es viele Millionen – vielleicht sogar Milliarden – Menschen in den hoch entwickelten Gesellschaften.

Aber hat der oder die Einzelne denn wirklich eine Chance auszubrechen?

Es gibt keinen individuellen Ausweg aus dem Produktions- und Konsumsystem, in das die Leute gestellt sind und in dem sie irgendwie funktionieren müssen, wenn sie ihr Leben einigermaßen erfolgreich fristen wollen. Aber ich glaube, man muss sich genau dieser eigenen Verstrickungen in die Verhältnisse klar werden, um gemeinsam Gegenstrategien entwickeln zu können.

Wie könnten diese aussehen?

Wir müssen die Menschen über die globalen Zusammenhänge unseres Wirtschaftens aufklären. Es gilt zu verdeutlichen, dass die derzeitigen Wachstumsinteressen ein junges Phänomen sind. Es erscheint uns heute nur so, als wenn es immer schon so gewesen wäre und als sei Wachstum ein quasi natürlicher Zustand. Dass sich

unsere Zivilisation die längste Zeit ohne die massive Ausbeutung von fossilen Rohstoffen und ohne die Entwicklungsindikatoren, die wir heute kennen, irgendwie bewegt und integriert hat, vergisst man dabei leicht. Ich glaube,

dass diese Art der Aufklärung auch eine Basis für eine neue globale Solidarität der „normalen“ Menschen sein kann.

Dr. Stephan Lessenich ist Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt „Soziale Entwicklungen und Strukturen“ an der Ludwig-Maximilians-Universität München und war von 2013 bis 2017 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Interview: Marius Mühlhausen, Referent für Grundsatzfragen beim AWO Bundesverband



Hilfe nach dem Erdbeben in Mexiko

Am 19. September erschütterte ein Erdbeben der Stärke 7,1 auf der Richterskala Mexiko. Zwei weitere schwere Beben folgten. Mehr als 320 Menschen sind ums Leben gekommen, Hunderte wurden verletzt und unzählige Gebäude zerstört. Gemeinsam mit unserer mexikanischen Partnerorganisation IMUMI unterstützen wir betroffene Menschen im Bundesstaat Morelos. Dort hat das Erdbeben die eh schon schwierige Situation für die Menschen verschärft: Viele haben ihre Häuser und ihre Lebensgrundlage verloren. Nach den ersten Nothilfemaßnahmen und der Verteilung von Lebensmitteln geht es nun darum, die Lebensgrundlage für die Betroffenen wiederherzustellen. Gemeinsam mit unserer Partnerin IMUMI unterstützen wir den Wiederaufbau des zerstörten Gewächshauses der Frauenkooperative „Las Jardineras“. Insgesamt 180 Menschen werden von der Hilfsmaßnahme profitieren.



Sichere Unterkunft für Migrant*innen

Jährlich durchqueren etwa 400 000 Migrant*innen Mexiko auf ihrem Weg in die USA. 7000 von ihnen finden Schutz in der Migrationsherberge „La Sagrada Familia“ im Gemeindebezirk Apizaco. Die Herberge wurde von einer Nachbarschaftsinitiative gegründet, nachdem engagierte Bewohner*innen beobachtet hatten, dass viele Migrant*innen ihre Stadt durchqueren – völlig entkräftet und auf der Suche nach einer warmen Mahlzeit, einer medizinischen Untersuchung oder einem Unterschlupf, um sich von den Anstrengungen der Reise erholen zu können. Die Herberge wurde 2010 eröffnet und ist seitdem durchgehend geöffnet: 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag. Mehr als 30 000 Migrant*innen wurden bisher hier betreut.

Da die Nachbarschaftsinitiative nur ein geringes Budget zur Verfügung hat, konnten einige Bereiche nur provisorisch eingerichtet werden. Mit Unterstützung von AWO International werden Baumaßnahmen umgesetzt, um die Herberge sicherer zu gestalten. Die Schlafräume und die Küche werden kernsaniert, dadurch soll sichergestellt werden, dass die Migrant*innen vor Regen, Kälte und Erdbeben geschützt sind. Zudem wird die Aufteilung verändert, damit die Unterkunft in Zukunft mit einem zweiten Stockwerk erweitert werden kann – dies könnte schon bald eine notwendige Maßnahme werden, denn die Anzahl der Migrierenden steigt.

„Zwischen den extrem Reichen und der anonymen Masse der Ärmsten wächst die Ungleichheit unaufhaltsam an. Die Finanz- und Wirtschaftskraft der 562 reichsten Personen der Welt ist zwischen 2010 und 2015 um 41 Prozent gewachsen, während die der 3 Milliarden ärmsten Menschen um 44 Prozent abgenommen hat.“

Jean Ziegler in seinem 2017 erschienenen Buch „Der schmale Grat der Hoffnung“.



Der Soziologe, Politiker und Autor Jean Ziegler war von 2000 bis 2008 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Er ist Mitglied im Beratenden Ausschuss des Menschenrechtsrats und im Beirat von „Business Crime Control“.

Postkartenaktion „Das ist nicht gerecht!“

Als Auftakt zum Start unseres neuen Projekts „Ein nachhaltiges Europa für alle!“ laden wir Sie herzlich dazu ein, sich an unserer Postkartenaktion zu beteiligen: Erinnern Sie die am 24. September gewählten Abgeordneten daran, dass wir bereits heute handeln müssen, um bis zum Jahr 2030 Ergebnisse zu erzielen!

Die Kolleg*innen aus der Geschäftsstelle der AWO Dachau haben sich bereits an der Postkartenaktion beteiligt, indem sie die Abgeordneten aus ihrem Wahlkreis Fürstenfeldbruck/Dachau daran erinnerten, sich aktiv für die Umsetzung der Ziele einzusetzen! Machen auch Sie mit!



Spendenaktionen

Wir möchten uns ganz herzlich bei Elke-Wiebke Kappaun, Horst Herberg, Detlef Schuster und Rudi Frick für ihre außerordentliche Unterstützung in diesem Jahr bedanken. Ob Benefizveranstaltung, Geburtstags- oder Abschiedsfeier: Statt für Geschenke wurde zu Spenden für die Projektarbeit von AWO International aufgerufen. Dabei kamen insgesamt über 32000 Euro zusammen. Wir sind begeistert von der enormen Spendenbereitschaft aller Gäste und freuen uns über so viel Engagement innerhalb der AWO.



Neue Bildungsangebote Globales Lernen

Wir freuen uns über eine thematische Erweiterung unseres entwicklungs-politischen Bildungsangebots! Künftig können pädagogisch Tätige nicht nur auf unser mobiles Material- und Methodenangebot zurückgreifen, sondern auch Trainer*innen aus unserem neuen Multiplikator*innen-Pool zum Thema Flucht und Migration einladen. Zudem bieten wir zwei neue Bildungskoffer zum Thema Ölpalme an, die in Kooperation mit dem Botanischen Museum Berlin entstanden sind. Außerdem haben wir unseren kritischen Konsumratgeber „Gerecht Aktiv“ aktualisiert: Die zweite Auflage vermittelt neben Hintergrundwissen zu versteckten sozialen und ökologischen Kosten unseres Konsums von Textilien und Lebensmitteln auch Informationen zur Verwendung von Fetten der Ölpalme in unseren Kosmetik- und Körperpflegeprodukten. Darüber hinaus enthält die Publikation Informationen zur globalen Nachhaltigkeitsagenda. Noch in der Pipeline und ab 2018 erhältlich: unser Lernspiel „Reise einer Jeans“ als barrierefreie und inklusive Neuauflage!



Rückblick Faire Woche 2017

Vom 15. bis zum 29. September 2017 fand die 16. Faire Woche statt. Unter dem Motto „Fairer Handel schafft Perspektiven“ haben sich auch in diesem Jahr wieder unsere Mitglieder und Kaffeekund*innen an der größten Aktionswoche des Fairen Handels beteiligt.

Erneut mit dabei war der AWO KV Wesel – und das wieder einmal mit vollem Einsatz! Sowohl in der AWO-Kreisgeschäftsstelle in Rheinberg als auch in der Begegnungsstätte in Neukirchen-Vluyn und im Rahmen der Ehrenamtsbörse in Dinslaken wurden Besucher*innen über den Fairen Handel aufgeklärt und gleichzeitig über die Projektarbeit von AWO International informiert. Wir danken vor allem Frau Evi Mahnke für ihr großartiges Engagement und die tolle Zusammenarbeit.

Zum ersten Mal an der Fairen Woche teilgenommen hat der AWO Landesverband Sachsen. Im Rahmen der Aktionswoche machte er mit einer Kaffeecke und einem Infostand auf nachhaltige Konsummöglichkeiten in unserer Gesellschaft aufmerksam. Bei einer Tasse fair gehandelten AWO-Kaffees wurde über globale Themen wie faire Handelsbeziehungen und gerechtes Einkaufen diskutiert. Wir freuen uns über den gemeinsamen Austausch und hoffen, dass noch weitere tolle Aktionen folgen werden.

Auch allen anderen Teilnehmer*innen der Fairen Woche möchten wir ganz herzlich danken! Wir hoffen, Sie hatten Spaß an Ihren Aktionen und sind auch nächstes Jahr wieder mit dabei.



Mitglieder- versammlung

Am Freitag, den 13. Oktober fand die AWO-International-Mitgliederversammlung statt: Unsere Kolleg*innen berichteten über aktuelle Entwicklungen aus unseren Projektregionen rund um die Themen Flucht, Migration und Menschenhandel, Vorstand und Geschäftsführung wurden entlastet und unsere ehrenamtlichen Unterstützer*innen wurden für ihren unermüdlichen Einsatz geehrt!



Impressum

Herausgeber:

AWO International e. V.
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Tel.: 030/25 292 771
Fax: 030/25 292 571
mail@awointernational.de
www.awointernational.de

Erscheinungsweise:

zweimal jährlich,

Mitglieder und Spender*innen erhalten den weblick kostenlos.
Gesamtauflage: 10 000 Exemplare.

Verantwortlich für den Inhalt:

Ingrid Lebherz

Redaktion: Vassilios Saroglou

Bildnachweis:

Titel Sushant Sharma/AWO International, S. 6 CANTERA, S. 9 Sushant Sharma/AWO International, S. 10 Right to Play Uganda, S. 12 Stephan Lessenich privat, Buchcover Hanser Berlin, S. 13 (rechts) Harald Bischoff/Eigenes Werk/CC BY-SA 3.0/
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=40710750>, S. 14 AWO Dachau/AWO KV Spandau/Horst Herberg, S. 15 AWO KV Wesel. AWO International, wenn nicht anders angegeben.

Layout: Marischka Lutz,
www.marischkalutz.de

Lektorat: Patrick Schär

Druck: Medialis Offsetdruck GmbH, Berlin
Gedruckt auf Recyclingpapier

ClimatePartner[®]
klimaneutral

Druck | ID: 10884-1203-1001



HILFE FÜR GEFLÜCHTETE ROHINGYA



International e.V.

700 000 Rohingya sind in den letzten Wochen vor Gewalt und Verfolgung aus ihrer Heimat Myanmar in das benachbarte Bangladesch geflohen. Es sind vor allem Frauen und Kinder, die Schutz suchen. Unterstützen Sie die Menschen mit Ihrer Spende!



20 €

ermöglichen es, eine Familie mit Kleidung zu versorgen

90 €

kostet eine stabile und sichere Notunterkunft für eine Familie mit 7 Personen

210 €

kostet ein Brunnen, der 1000 Menschen mit sauberem Wasser versorgt

Spendenkonto

IBAN:

DE83 1002 0500 0003 2211 00

BIC: BFSWDE33BER

Bank für
Sozialwirtschaft

Vielen Dank für Ihre Spende!



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.